77. Jahrgang. Nr. 484 Donnerstag, 13. Oktober 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsschluß: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 80 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Krisenabschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Eine zweite Kanzlerrede in München

Die ideellen Hintergründe seiner Politik

München, 12. Oktober. Am Mittwochnachmittag stattete Reichskanzler v. Papen dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern, der sein militärischer Vorgesetzter im Weltkriege an der Westfront war, einen Besuch ab. Hierauf erschien der Reichskanzler zu einem kurzen Teeebesuch in den Räumen des Bayrischen Automobilklubs. Im Kreise des Akademisch-Politischen Klubs hielt er dann eine Ansprache

über die ideellen Hintergründe seiner Politik.

Gegenüber dem reinen Machtstreben der Parteien und ihren utopisch-demagogischen Zielsetzungen grenzte er eine wahrhaft konservative Staatsführung ab, die auf Erkenntnis der ewigen Grundwahrheiten des Lebens beruhe und die Aufgaben, die ihr die Wirklichkeit stelle, in harter positiver Arbeit zu lösen suche. Er umriß die Ziele seiner auswärtigen Politik, die nicht nur für Deutschland, sondern für den ganzen abendländischen Kulturkreis ein harmonisches Zusammenwirken der verschiedenen Kulturvölker unter Anerkennung ihrer Eigenart zum Ziele habe.

Dieses Ziel bedinge aber die Abweisung aller Hegemoniegelüste und aller Versuche, die Welt in den starren Banden unanwendbar gewordener Verträge zu halten.

Deutschland führe seinen Freiheitskampf nicht nur für sich selbst, sondern zum Besten der abendländischen Kultur.

Auf die Innenpolitik übergehend, bezeichnete der Kanzler als sein Ziel die Herstellung einer neuen dauerhaften Verbindung zwischen Regierung und Volkswillen und die Begründung einer neuen Volksgemeinschaft. Er hob besonders die Rolle der Jugend bei dieser Neugestaltung unseres Staatslebens hervor. Die große und zukunftsvolle Arbeit, die sie bisher in ihren Bünden und Vereinen großenteils im Gegensatz zum Staat geleistet habe, wolle die Reichsregierung jetzt in den Schutz des Staates nehmen.

Ein Staat, der wieder etwas Eigenes sei und nicht nur der Exponent der Parteien,

könne den Anspruch erheben, daß auch die Jugend ihre Zielsetzung nach ihm einrichte, ohne daß er ihr Eigenleben vergewaltige. Bildung müsse erwachsen auf der Grundlage erfüllter Pflichten. Die Aufgabe der deutschen Bildung sei weder in volksfremder Geistigkeit oder anarchistischem Individualismus noch im Untertauchen in den kollektiven Massenbewegungen zu erfüllen. Die deutsche Kultur müsse ihre völkische Grundlage wiederfinden. Auch in Zukunft werde die Persönlichkeit ihre Bedeutung behalten. Der Kanzler schloß mit dem Treitschke-Wort: „Männer machen die Geschichte."

Von Papen ist kurz nach 9 Uhr abends nach Berlin abgereist. Vorher weilte der Kanzler noch kurze Zeit im Kreise der bayrischen Industriellen. Auch Ministerpräsident Dr. Held und Innenminister Dr. Stützel waren erschienen. Der 1. Vorsitzende des Bayrischen Industriellenverbandes, Geh. Landesbaurat Böhringer, erneuerte in einer kurzen Ansprache das Versprechen der bayrischen Industrie, der Parole des Kanzlers zu folgen. Der Reichskanzler richtete Worte herzlichen Dankes an den Ministerpräsidenten und die bayrische Staatsregierung für die Gastfreundschaft, die ihm erwiesen worden sei. Der Kanzler leerte sein Glas auf das Ziel

„Das Reich und Bayern gemeinsam!"

Die Münchner Gespräche

Der Besuch des Reichskanzlers in München, dem in nächster Zeit Besuche in den Hauptstädten anderer Länder, auch in Dresden, folgen sollen, war mehr als ein Höflichkeitsakt. Er soll nach dem Willen des Besuchers ein neues, und zwar ein besseres Verhältnis zwischen dem Präsidialkabinett und den Regierungen der größeren Länder anbahnen und der Reichsregierung wenigstens im Reichsrat die Unterstützung verschaffen, die ihr im aufgelösten Reichstag versagt geblieben ist und voraussichtlich auch im neuen versagt bleiben wird. Wie groß der Umschwung in den Beziehungen zwischen Bayern und dem Reiche jetzt schon ist, das ergibt sich aus dem Vergleich der herzlichen Reden, die in München gewechselt worden sind, und der Tatsache, daß gleichzeitig als peinlicher Rest aus der Zeit vor der Reichstagsauflösung ein bayrischer Regierungsvertreter vor dem Staatsgerichtshof auf der Seite derjenigen auftritt, die der Papenregierung in Sachen der Reichsexekution gegen Preußen Verfassungsbruch vorwerfen. Was ist von den Freundschafts- und Ergebenheitsbeteuerungen des Ministerpräsidenten Held zu halten, wenn sein Beauftragter vor den Schranken des Leipziger Gerichts eine These vertritt, deren Sieg den Zusammenbruch aller bisherigen Unternehmungen der Papenregierung herbeiführen und darüber hinaus das Reich in eine Präsidentenkrise treiben könnte. Die bayrische Regierung versichert zwar, daß sie sich mit den politischen Zielen der Leipziger Klageparteien keineswegs identifiziere und daß es ihr fernliege, der ehemaligen Preußenregierung Sekundantendienste leisten zu wollen. Es komme ihr nur auf die Klarstellung der Rechtslage an, damit die Machtbefugnisse der Reichsgewalt gegenüber den Ländern aus Artikel 48 für alle Zukunft genau abgegrenzt werden. Das hört sich recht gut an, aber die politische Zwiespältigkeit wird damit nicht aus der Welt geschafft, die darin liegt, daß die bayrische Regierung, während sie mit dem Reichskanzler warme Begrüßungsworte austauscht, die Sache Brauns und Severings vertreten läßt, deren Erfolg einer moralischen und politischen Verurteilung der Reichsregierung gleichkäme. Zu allem Ueberfluß hat der Vertreter der Bayrischen Volkspartei, die gegenwärtig die bayrische Regierung verkörpert, im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages einer Entschließung zugestimmt, die die Außenpolitik der Reichsregierung aufs schärfste verurteilt, während zur gleichen Stunde Ministerpräsident Held dem Kanzler von der großen deutschen Not sprach und versicherte, daß außenpolitisch alles „von unserer absoluten Einigkeit" abhänge. In diesem Zusammentreffen der Umstände artet die Doppelzüngigkeit der Bayrischen Volkspartei zur Groteske aus, und der Kanzler mag sich seine Gedanken über die Zuverlässigkeit der Bundesgenossen gemacht haben, um die er hier wirbt.

Vielleicht hat Herr v. Papen auch an eine Szene bei der Länderkonferenz in Stuttgart gedacht, auf der er Ende Juli zum erstenmal den Versuch machte, die bayrische Regierung und die übrigen süddeutschen Länderregierungen zu versöhnen. Nach Abschluß der Besprechungen hatte er den bayrischen Ministerpräsidenten freundschaftlich unterm Arm gefaßt und ihn mit sanftem Druck vor die Tonfilmkamera geführt, die das Bild der beiden Regierungschefs festgehalten hat, den Kanzler mit seinem verbindlichen, Herrn Held mit süß-saurem Lächeln. Man sieht ihm an, wie peinlich ihm diese Schaustellung ist. Es war gerade Wahlkampf und die Bayrische Volkspartei lag in schärfster Fehde mit Papen. Darum ließ Held hinterher erklären, er sei zu dieser freundschaftlichen Geste gewissermaßen „vergewaltigt" worden. Während der Münchener Tage hat er sich nun nicht mehr geschämt, mit dem Reichskanzler Arm in Arm zu erscheinen. Und sein Organ, die „Bayrische Staatszeitung", rühmt Papens Kunst der Menschenbehandlung und gibt der Erwartung Ausdruck, daß der Staatsbesuch in München einem besseren Verstehen zwischen Reich und Bayern den Weg bereite.

Welches von den verschiedenen Gesichtern, die die heiß umworbene Bayrische Volkspartei zur Zeit zeigt, ist nun echt: das von Leipzig oder das von München? Will sie wirklich langsam aus der Opposition ins Regierungslager hinüberwechseln, und was verfolgt sie dabei für Zwecke? Zunächst den rein praktischen, dem der bayrische Landtagspräsident sehr deutlich Ausdruck gab, als er unter Hinweis auf die Wirtschaftslage vom Kanzler zur Belebung der bayrischen Wirtschaft „bessere Zuteilung von Reichsaufträgen" erbat, mit dem Erfolg, daß der Reichskanzler diesen Wünschen ein „offenes Ohr" zu leihen versprach. Ohne Brotneidgefühle aufkommen zu lassen, müssen wir von Sachsen aus in diesem Zusammenhang doch der Erwartung Ausdruck geben, daß die Verteilung der Reichsaufträge nur nach dem tatsächlichen Bedürfnis, d. h. nach dem Grad der Erwerbslosigkeit, vor sich geht und nicht etwa Gegenstand irgendwelcher politischer Handelsgeschäfte wird.

Eine andere, vielleicht noch stärkere Anziehungskraft ist für die Bayrische Volkspartei das Zerwürfnis zwischen der Papenregierung und dem Nationalsozialismus. Sie hat Brüning die Treue gehalten, solange er gegen die Hitlerbewegung vorging, sie hat Papen bekämpft, solange er die Versöhnung mit Hitler anstrebte, und sie hat sich ihm von dem Augenblick an genähert, in dem seine Politik geeignet

England für gleiches Recht für alle

Eine Rede Sir John Simons

London, 12. Oktober. Die Teilnehmer am Kongreß des internationalen Journalistenverbandes wurden nach der Eröffnungssitzung von Sir John Simon im Foreign Office empfangen. Sir John Simon hielt eine Ansprache, in der er zum Abrüstungsproblem Stellung nahm. Er erklärte, England trete nicht als Freund eines einzelnen Staates auf. Die moderne Außenpolitik bestehe in einem kameradschaftlichen Zusammenarbeiten der Nationen. England bemühe sich ehrlich, allen Staaten gegenüber eine offene Politik zu betreiben. Es sei dabei von dem tiefen und aufrichtigen Wunsche beseelt, die Abrüstung als eines der besten Mittel, den internationalen Frieden zu festigen, aktiv zu fördern, und es habe die feste Absicht, allen Nationen das gleiche Recht zu sichern.

Lloyd George hielt heute abend auf einer Veranstaltung der Internationalen Friedensvereinigung in der Guildhall eine große Rede zu der Abrüstungsfrage, in der er sich erneut für die Notwendigkeit

der Erfüllung des Abrüstungsversprechens von Versailles

einsetzte. Mit Bezug auf den neuen französischen Plan, den Waffenüberschuß der Welt in eine Reihe von „Depots" in verschiedene Länder Europas zu legen, rief Lloyd George aus: Ich glaube, statt große Lagerhäuser dieser Art zu bauen, wäre es besser, die überschüssigen Waffen zu vernichten. Wir brauchen nicht neue Pakte, sondern die Erfüllung der alten.

Herriot in London eingetroffen

London, 13. Oktober. Der französische Ministerpräsident Herriot ist gestern (Mittwoch) kurz nach 23 Uhr in London eingetroffen, wo er am Bahnhof vom Ministerpräsidenten Macdonald, dem Staatssekretär des Aeußern Sir John Simon und dem französischen Botschafter in London empfangen wurde. Herriot hat in der französischen Botschaft Wohnung genommen. Er wird heute vormittag um 10,30 Uhr Macdonald und Sir John Simon in Downing Street einen Besuch abstatten.

Ueber die Haltung, die von den englischen Ministern bei den bevorstehenden Verhandlungen eingenommen wird, wird an zuständiger Stelle erklärt, England habe sich in keiner Weise irgend jemandem gegenüber verpflichtet. Auch sei es nicht zutreffend, daß die englischen Minister einen neuen Plan zur Hand hätten, der Herriot vorgelegt werden solle. Wenn jedoch der französische Ministerpräsident etwaige französische Pläne zur Kenntnis der englischen Minister bringen wolle, so würde er sicherlich mit großem Interesse angehört werden.

Anklage gegen den falschen Daubmann

Betrugsversuch und Urkundenfälschung

Freiburg (Br.), 12. Okt. Da die polizeilichen Feststellungen über die Person des falschen Daubmann, Karl Ignaz Hummel, zu Ende geführt sind, ist das ganze Aktenmaterial an die Staatsanwaltschaft in Freiburg zur Betreibung der strafrechtlichen Verfolgung übergeben worden. Die Anklage gegen Hummel lautet auf Betrugsversuch und Urkundenfälschung.

Hummel gibt an, daß er den Schwindel ersonnen habe, um billig von Neapel nach Deutschland zurückzukehren. Nach Neapel sei er gegangen, weil sein Offenburger Schneidergeschäft nichts mehr eingebracht habe. Nach seiner Ankunft in Deutschland habe er sich unbemerkt davonmachen wollen. Die Einmischung von Zeitungsberichterstattern in Luzern und die feierlichen Empfänge in Deutschland hätten ihm das jedoch unmöglich gemacht.

Er habe schließlich nicht mehr gewußt, wie er aus der Geschichte herauskommen sollte.

Die Eltern des toten Daubmann sind am Dienstagabend schonend darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie einem groben Schwindel zum Opfer gefallen seien. Die Ehefrau des Schneiders Karl Ignaz Hummel erzählte einem Berichterstatter der Telegraphen-Union, daß Hummel mit ihrem Sparkassenbuch durchgegangen sei, worauf sie die Ehescheidungsklage eingereicht habe. Ihr Mann sei ein tüchtiger Schneidermeister gewesen. Not hätten sie nicht gelitten. Hummel hätte leidenschaftlich gern Kriminalromane gelesen und Kriminalfilme gesehen. Seine Einnahmen habe er für sich verbraucht. Vor der Flucht sei er sehr nervös gewesen. Eines Morgens habe er erzählt, daß er nach Straßburg gehe, wo ihm eine gute Stellung angeboten worden sei. Allerdings müsse er Kaution stellen. Sie habe darauf für ihn das nötige Geld flüssig gemacht. Durch einen Wanderburschen seien ihr Ende Juni Grüße ihres Mannes aus Italien mit der Mitteilung überbracht worden, daß er bald zurückkehren werde.

Haftentlassung Lahusens

Bremen, 12. Oktober. Das Oberlandesgericht in Hamburg entschied heute als Beschwerdeinstanz dahin, daß G. C. Lahusen, das frühere Vorstandsmitglied der Nordwolle, gegen Bürgschaftsleistung von 1 Million Reichsmark aus der Haft zu entlassen sei. Diese Bürgschaft ist in Bremen aufgebracht worden, so daß G. C. Lahusen noch am Mittwoch das Untersuchungsgefängnis, in dem er nahezu 15 Monate (seit 17. Juli 1931) zugebracht hat, verlassen kann.

Gronau will bald weiterfliegen

Berlin, 12. Oktober. In einer hier eingetroffenen Meldung aus Rangoon teilt v. Gronau mit, daß die Reparatur an dem defekten Motor von geringerem Ausmaß sei, als man bisher angenommen hatte; er bittet, ihm über eine niederländische Luftlinie eine neue Wasserpumpe zu senden. Sobald v. Gronau diesen Bestandteil erhalten hat, will er seinen Weiterflug antreten. Man glaubt, daß das in acht Tagen der Fall sein wird.

SLUB
Wir führen Wissen.